

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Iris Spranger (SPD)**

vom 26. Juni 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Juli 2019)

zum Thema:

Informationsbemühungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften über die Kooperationsvereinbarung „Leistbare Mieten, Wohnungsneubau und soziale Wohnraumversorgung“ gegenüber den Mieterinnen und Mietern

und **Antwort** vom 05. August 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Aug. 2019)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen

Frau Abgeordnete Iris Spranger (SPD)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/20293
vom 26. Juni 2019

über Informationsbemühungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften über die Kooperationsvereinbarung „Leistbare Mieten, Wohnungsneubau und soziale Wohnraumversorgung“ gegenüber Mieterinnen und Mietern

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen Antworten auf Ihre Fragen zukommen zu lassen und hat daher Stellungnahmen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften eingeholt, die dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Die übermittelten Angaben bilden die Grundlage für die nachfolgenden Antworten.

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Im Bericht zur Kooperationsvereinbarung „Leistbare Mieten, Wohnungsneubau und soziale Wohnraumversorgung“ über das Jahr 2017 wurde eine relativ geringe Anzahl bewilligter Anträge auf Mietenreduzierung festgestellt. Diese Tatsache wurde unter anderem mit der Vermutung der unzureichenden Kenntnis der Regelung in den Miethaushalten erklärt. Darauf folgte die Empfehlung an die Wohnungsbaugesellschaften, die Information der Mieterinnen und Mieter zu intensivieren.

Frage1:

Sind die Wohnungsbaugesellschaften der Empfehlung nachgekommen? Welche Maßnahmen wurden zur Intensivierung der Information ergriffen? Bitte nach Wohnungsbaugesellschaften aufschlüsseln.

Antwort zu 1.:

Alle städtischen Wohnungsbaugesellschaften informieren sowohl kontinuierlich als auch anlassbezogen über verschiedene Kommunikationskanäle über die Möglichkeiten der Mietenreduzierung gemäß der Kooperationsvereinbarung „Leistbare Mieten, Wohnungsneubau und soziale Wohnraumversorgung“:

- Mietvertragsgespräch
- Mietvertragsabschluss
- Sonstiger persönlicher Kundenkontakt
- Mieterhöhungsverlangen
- Umlagenabrechnungen
- Modernisierungsankündigungen
- Versand und Auslage von Flyern
- Mietermagazin
- Internetauftritt

In den Kundenzeitungen werden Artikel zum Thema Härtefallregelung veröffentlicht und ein Hinweis auf die Website "<http://www.inberlinwohnen.de>" gegeben. Auf der Website werden die Möglichkeiten, Härtefälle geltend zu machen, ausführlich – auch mehrsprachig – dargestellt. In den Mieterhöhungsverlangen wird in einfacher Sprache auf die Antragsmöglichkeiten hingewiesen.

Frage 2:

Zeichnet sich eine erhöhte Anzahl von Beantragungen zur Mietenreduzierungen ab? Bitte nach Wohnungsbaugesellschaften aufschlüsseln.

Antwort zu 2.:

Anträge auf Mietenreduzierung gem. 4.2, 4.3 und 4.4 der KoopV

			degewo	GESOBAU	Gewobag	HOWOGE	STADT UND LAND	WBM	Gesamt
Mietabsenkung im Bestandsvertrag	2018	beantragt	24	13	28	6	14	4	89
		genehmigt	23	7	6	6	12	1	55
	2017	beantragt	k.A.						
		genehmigt	7	5	3	0	0	10	25
Kappung Mieterhöhungen gem. § 558 BGB (laufender Mietvertrag)	2018	beantragt	132	131	95	178	36	19	591
		genehmigt	21	87	36	109	27	12	292
	2017	beantragt	k.A.						
		genehmigt	25	104	54	198	22	15	418
Kappung Mieterhöhungen gem. § 559 BGB (Modernisierung)	2018	beantragt	1	4	5	0	1	2	13
		genehmigt	1	1	3	0	0	2	7
	2017	beantragt	k.A.						
		genehmigt	0	3	0	0	0	2	5

Für 2017 liegen keine Antragszahlen vor. Seit 2018 wird diese Angabe durch die Wohnungsbaugesellschaften erhoben und durch die Wohnraumversorgung Berlin im Rahmen der Berichte zur Kooperationsvereinbarung ausgewertet.

Berlin, den 5. August 2019

In Vertretung

Scheel

.....
Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen